

UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**

Nummer 11 · 4. September 2008 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

Klima schützen – Schöpfung bewahren

EVP-ED-FRAKTION IN MÜNCHEN

Die stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, kehrt mit ihrer Präsidiumssitzung in München aus der Sommerpause zurück.

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Joseph Daul, stellte in Bayern drei Diskussionsthemen in den Vordergrund: ein europäisches Vorgehen für die zukünftige Regulierung der CO₂-Emissionen in der Automobilindustrie, die Liberalisierung des Energiemarktes in Europa und den Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik.

„Bei jedem dieser Punkte“, erklärte Joseph Daul, „erwarten wir wesentliche Fortschritte im Lauf der französischen



Ratspräsidentschaft.“ Mit Blick auf die bayerischen Landtagswahlen, die am 28. September stattfinden werden, wandte sich der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion in seiner

Ansprache an den bayerischen Ministerpräsidenten, Günther Beckstein, den Vorsitzenden der CSU, Erwin Huber, und an den Vorsitzenden der CSU-Gruppe in der EVP-

ED-Fraktion, Markus Ferber. Er brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, dass unsere politische Familie in Europa wieder einmal gestärkt aus dieser Wahl hervorgeht.

Angelika Niebler: Europaparlament will EU-Telekom-Regulierung modernisieren

Die Regeln für den EU-Telekommunikationsmarkt werden in Kürze modernisiert. Das Europäische Parlament debattierte in erster Lesung eine Revision der bestehenden EU-Gesetzgebung. „Wir wollen den bewährten Rechtsrahmen Schritt für Schritt weiterentwickeln und fit machen für die neuen Herausforderungen der modernen Kommunikationswelt“, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments, Angelika Niebler (CSU).

Der Aufbau neuer Hochgeschwindigkeitsnetze soll vorangetrieben werden. „Die Verfügbarkeit von Breitbandnetzen ist heutzutage ein echter Standortfaktor. Wir brauchen Rechtssicherheit für Investitionen in die Glasfasernetze“, so Angelika Niebler. „Wenn ein Unternehmen in neue Technologien investiert, sollen die nationalen Regulierungsbehörden dies bei ihren Entscheidungen über den Netzzugang angemessen berücksichtigen. Dies bedeutet jedoch

nicht, dass neue Märkte zementiert werden sollen“, so die CSU-Europaabgeordnete.

Um den Aufbau einer flächendeckenden Versorgung mit mobilen Breitbanddiensten zu unterstützen, hat sich der Ausschuss zudem für eine flexiblere Frequenzpolitik in Europa ausgesprochen. „Die Frequenzen, die durch den Übergang zum digitalen Fernsehen frei werden, sollten auch für mobile Breitbanddienste, die Lücken im ländlichen Raum schließen, verfügbar sein. Bisherige Frequenzinhaber, wie etwa die Rundfunkanstalten, sollen in ihrem Angebot nicht beeinträchtigt werden“, so Niebler.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducsu.eu/content/view/5189/32/>

WEITER →

ELMAR BROK:

Vorgehen Russlands in Georgien ist inakzeptabel

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZU GEORGIEN

Das Europäische Parlament hat mit einer Entschließung Stellung zu den aktuellen Ereignissen in Georgien genommen, kurz nach dem außerordentlichen EU-Gipfel, der sich am 1. September zur Kaukasuskrise geäußert hat.

Elmar Brok (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, begrüßt das Ergebnis des Europäischen Rates, insbesondere weil er eine angemessene Reaktion auf die Krise und die Vorgehensweise Russlands fordert. Europäisches Parlament und Rat hätten ein hohes Maß an Einheit gezeigt. So lange Russland den Punkt 5 des Abkommens nicht respektiert, das unter der Schirmherrschaft der französischen EU-Präsidentschaft von Russland und Georgien unterschrieben wurde, finden



die Verhandlungen zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland nicht statt. Die Verletzung der territorialen Integrität eines souveränen Staates und die Destabilisierung demokratischer Regierungen seien nicht akzeptabel, so Brok. Alle Gesprächsmöglichkeiten mit Russland müssten genutzt werden. Die EU werde aber ihre Politik zu Russland überprüfen, wenn der 6-Punkte-Plan nicht vollständig erfüllt werde.

Insbesondere begrüßte Brok, dass der Europäische

Rat schnelle Infrastrukturhilfe für Georgien beschlossen hätte und mit Ländern wie Georgien, Ukraine und Moldawien eine Freihandelszone und auf Dauer tiefgreifende Partnerschaft nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschaftsraumes anstreben will.



Elmar Brok MdEP

MARKUS FERBER:

Alle EU-Mittel für Rumänien auf Eis legen

SCHUTZKLAUSELN ERLAUBEN EINFRIEREN VON EU-GELDERN

Die Entscheidung der EU-Kommission, die Auszahlung von Agrargeldern an Rumänien bis auf weiteres zu stoppen, geht der CSU-Gruppe im Europaparlament nicht weit genug. „Es ist zwar richtig, dass jetzt wegen Mängeln bei der Finanzkontrolle Gelder eingefroren werden. Die Milde der Kommission ist aber unverständlich. Die Defizite in der Verwaltung sind so groß und es ist wenig Besserung in Sicht. Da muss deutlicher reagiert werden, sonst wird die EU unglaubwürdig“, sagte der Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe, Markus Ferber.

Das 2007 beigetretene EU-Neumitglied Rumänien kann bis 2009 mit 11,5 Milliarden



Markus Ferber MdEP

Euro rechnen, Bulgarien erhält im gleichen Zeitraum 4,6 Milliarden Euro. In den Beitrittsverträgen mit den beiden Ländern ist vorgesehen, dass bei Nicht-Erfüllung der EU-Stan-

dards Haushaltsmittel aus EU-Programmen vorübergehend blockiert werden können. Im Juli dieses Jahres hatte die Kommission die Auszahlung von knapp 500 Millionen Euro an Bulgarien gestoppt. Begründet wurde dies mit Korruption und der organisierten Kriminalität im Land. „Nach Einschätzung von Transparency International ist Rumänien das korrupteste Land der EU. Die Mängel, welche die Kommission bei der Finanzkontrolle feststellt, ziehen sich durch die gesamte Verwaltung durch und betreffen auch die sensiblen Bereiche Inneres und Justiz. Ich fordere die Kommission auf, bis auf weiteres alle EU-Gelder für Rumänien auf

Eis zu legen. Das Gleiche ist für Bulgarien notwendig“, sagte Ferber.

Rumänien korruptestes EU-Land

„Es keine Tabus geben, wenn die Defizite so eklatant sind. Rumänien und Bulgarien so früh in die EU aufzunehmen, war ein großes Wagnis. Nur wenn jetzt konsequent durchgegriffen wird, kann die EU ihre eigenen hohen Standards glaubwürdig halten. Das geht nur mit einem einseitigen Zahlungsstopp für die beiden Neumitglieder“, so der CSU-Europa-abgeordnete.

WERNER LANGEN:

Übergangsfristen und reduzierte Strafen bei CO₂-Limits für Pkw

STUFENWEISE EINFÜHRUNG 2012 BIS 2015

Die künftigen EU-Grenzwerte für CO₂-Emissionen bei Neufahrzeugen sollen zeitlich gestaffelt eingeführt werden. Das ist ein Ergebnis der Abstimmung des Industrieausschusses des Europäischen Parlaments zum vorliegenden Kommissionsvorschlag. „Das ist ein tragfähiger Kompromiss zwischen Klimaauflagen und künftiger Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie“, sagte der Berichterstatter des Industrieausschusses, Werner Langen (CDU).



Werner Langen MdEP

Der Kompromiss hat folgende Kernelemente: Die neuen CO₂-Auflagen sollen schrittweise eingeführt werden („phasing-in“), beginnend mit 60 Prozent der Neuwagenflotte im Jahr 2012. 2013 sollen 70 Prozent, ein Jahr später 80 Prozent und schließlich 2015 alle neu zugelassenen Pkw einbezogen werden. Dabei sollen die Reduktionsanforderungen für kleinere und größere Wagen entsprechend dem Vorschlag der Kommission unterschiedlich ausfallen. Der Neigungswinkel der Verteilungskurve soll 60 Prozent betragen. So genannte „Ökoinnovationen“ sollen anhand einer detaillierten Liste zusätzlich anerkannt und fortlaufend in den Testzyklus aufgenommen werden. Neben der gestaffelten Einführung des Zielwertes von 120 Gramm

CO₂ pro Kilometer bis 2015 sprachen sich die Abgeordneten für das Jahr 2020 für ein längerfristiges Ziel von 95 Gramm pro Kilometer aus. Die Strafzahlungen bei Überschreitung der Grenzwerte sollen reduziert werden und sich an dem allgemeinen Emissionshandelspreis orientieren, jedoch nicht höher als 200 Euro pro Tonne CO₂ liegen. Kriterium für die Anforderungen soll

das Fahrzeuggewicht bleiben. 2014 soll eine Ergänzung, etwa um den „Footprint“, geprüft werden.

„Mit einer Vielzahl von Änderungen und Ergänzungen haben wir den Kommissionsvorschlag deutlich verbessert“, sagte Langen. Er zeigte sich enttäuscht über die Ablehnung des Kompromisses durch die sozialistische Fraktion, nur weil sie nicht Strafzahlungen in Höhe von 95 Euro pro Gramm (oder 475 Euro pro Tonne CO₂) nicht durchsetzen konnte. „Das steht im Widerspruch zu Forderungen im Vorfeld nach spürbaren Reduzierungen der Strafzahlungen. Die Linie des Industrieausschusses ist eine gute Vorlage für die weiteren Beratungen im Umweltausschuss und im Gesamtplenum“, so der Berichterstatter des Industrieausschusses.

■ Verbraucherfreundliche Lebensmittelkennzeichnung

Die zukünftige Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung in der EU darf nicht über ihr eigentliches Ziel hinauschießen, sondern muss für eine vereinfachte und handhabbare Regelung sorgen. So lautet das Fazit der verantwortlichen Berichterstatterin, **Renate Sommer** (CDU), nach einer Expertenanhörung in Brüssel. Die CDU-Europaabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen hatte Vertreter der Lebensmittelindustrie, Verbraucherschützer sowie wissenschaftliche Experten zu einer Aussprache über den vorliegenden Kommissionsentwurf eingeladen. „Die Diskussion hat gezeigt, dass ausufernde Informationen auf Lebensmittelverpackungen weder dem Verbraucher noch der Lebensmittelindustrie dienen“, betonte Renate Sommer. Ein besseres System der Kennzeichnung, das verständliche Informationen mit vergleichbaren und gut lesbaren Angaben verbindet, sei deshalb unerlässlich. Allerdings gebe es dabei noch eine Reihe von Aspekten, die im Rahmen der Anhörung intensiv diskutiert wurden. Dazu gehören insbesondere die Lesbarkeit von Nährwertinformationen, die Kennzeichnung von unverpackten Lebensmitteln, die Herkunftsangaben sowie unterschiedliche Darstellungssysteme.

■ EU-Sozialagenda nicht überfrachten

In der Plenardebatte über die EU-Sozialagenda hat der CDU-Europaabgeordnete **Thomas Mann** den von der Kommission vorgelegten Entwurf als „im Grundsatz richtig und notwendig, aber zu umfangreich“ eingestuft. Trotz der Exporterfolge der europäischen Wirtschaft und der deutlichen Verbesserungen am Arbeitsmarkt bestehe weiterhin eine erhebliche Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung. „Wir brauchen die Sozialagenda als Gegenmaßnahme. Der vorliegende Kommissionsentwurf ist aber so umfangreich, dass es nicht möglich ist, ihn bereits bis zum kommenden Jahr tatsächlich umzusetzen“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Dies schwäche die Glaubwürdigkeit dieses eigentlich positiven Ansatzes. Die EU trage jedoch Mitverantwortung dafür, dass die Menschen sich nicht ausgegrenzt fühlten oder in Parallelwelten abdrifteten: „Es fängt bereits in den Schulen an.“

Europäisches Parlament fordert Verbot von Klonfleisch

Das Europäische Parlament hat ein umfassendes Verbot des Klonens von Tieren zur Nahrungsmittelversorgung gefordert. In einer Entschließung, die die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der 27 Mitgliedstaaten angenommen hat, fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission auf, einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen. „Das Klonschaf Dolly und alle anderen geklonten Säugetiere weisen viele Schäden und Krankheiten auf. Die Technik führt dazu, dass veraltete Erbinformation in den embryonalen Zustand rückgeführt wird. Die Tiere altern frühzeitig und erkranken. Und Fleisch von kranken Tieren kann nun mal nicht gesund sein“, so der CDU-Europaabgeordnete **Peter Liese**.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →